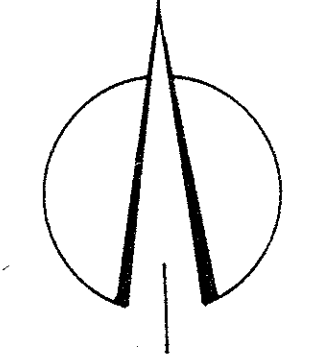
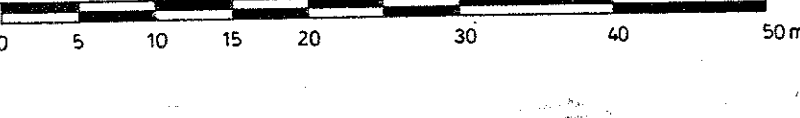


VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 03.05.96. Die öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch ... erfolgt.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gem. § 246 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB beteiligt worden.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am 03.05.96 durchgeführt worden. Auf Beschluss der Gemeindevertretung vom ... ist nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen worden.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom ... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Die Gemeindevertretung hat am 03.05.96 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom ... bis zum ... während folgender Zeiten ... öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, das Eedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am ... öffentlich bekanntgemacht worden.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Der katastermäßige Bestand am 14.2.96 wird als richtig dargestellt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzlinie gilt der Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1:5000 vorliegt.
14.2.96
öffentl. bestellt Vermessungsingenieur
- Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am ... geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziffer 6) geändert worden. Daher haben die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung in der Zeit vom ... bis zum ... während folgender Zeiten ... erneut öffentlich ausliegen. (Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können). Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am ... öffentlich bekanntgemacht worden.
Daher wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 3 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 03.05.96 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom ... gebilligt.
Gottesgabe, 03.05.96. Die Bürgermeisterin
- Die Genehmigung dieser Bebauungsplanung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom ... mit Nebenbestimmungen und Hinweisen ... besätigt.
Gottesgabe, 13.10.96. Die Bürgermeisterin
- Die Nebenbestimmungen wurden durch den sätzungändernden Beschluß der Gemeindevertretung vom ... erfüllt. Die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom ... besätigt.
Gottesgabe, ... Die Bürgermeisterin
- Die Bebauungsplanung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit sätzungsfertig.
Gottesgabe, 13.10.96. Die Bürgermeisterin
- Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am ... öffentlich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 216 Abs. 2 BauGB) und weiter auf § 44 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BauGB hin verwiesen worden.
Die Satzung ist am 13.10.96 in Kraft getreten.
Gottesgabe, 13.10.96. Die Bürgermeisterin

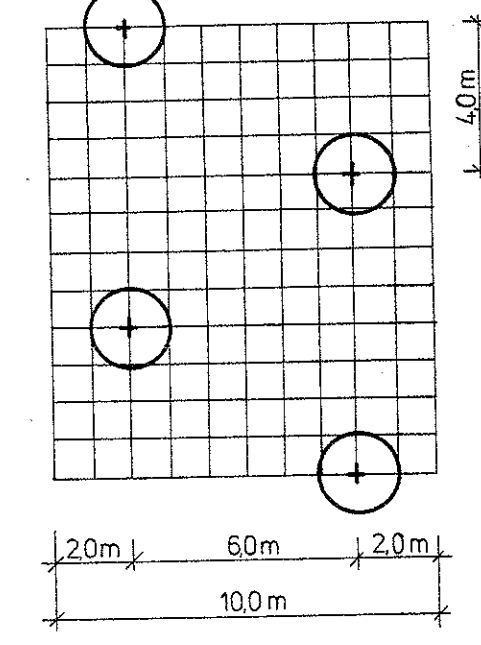


Maßstab : 1 : 500

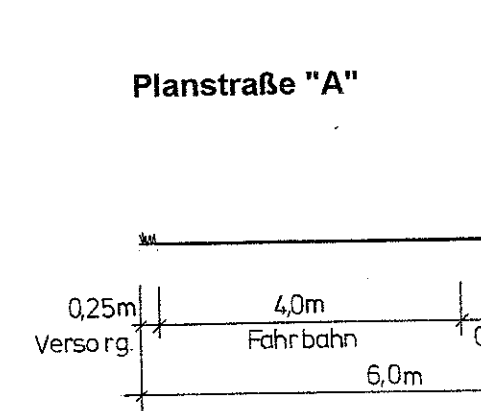


- Hinweise:**
- Das Regenrückhaltebecken ist naturnah auszubilden u.H. mit unregelmäßiger Uferangestaltung, mit Fisch- und Tiefwasserzonen und unregelmäßigen Böschungseignungen.
 - Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalbehörde mindestens 2 Wochen vorher schriftlich und verbindlich anzuzeigen.

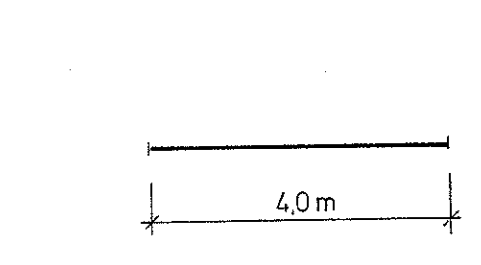
Pflanzschema M 1:200



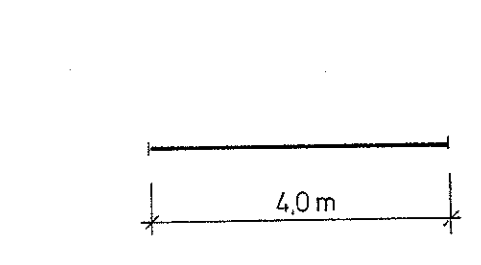
Straßenquerschnitt Maßstab 1:100



Planstraße "A"



Planstraße "B"

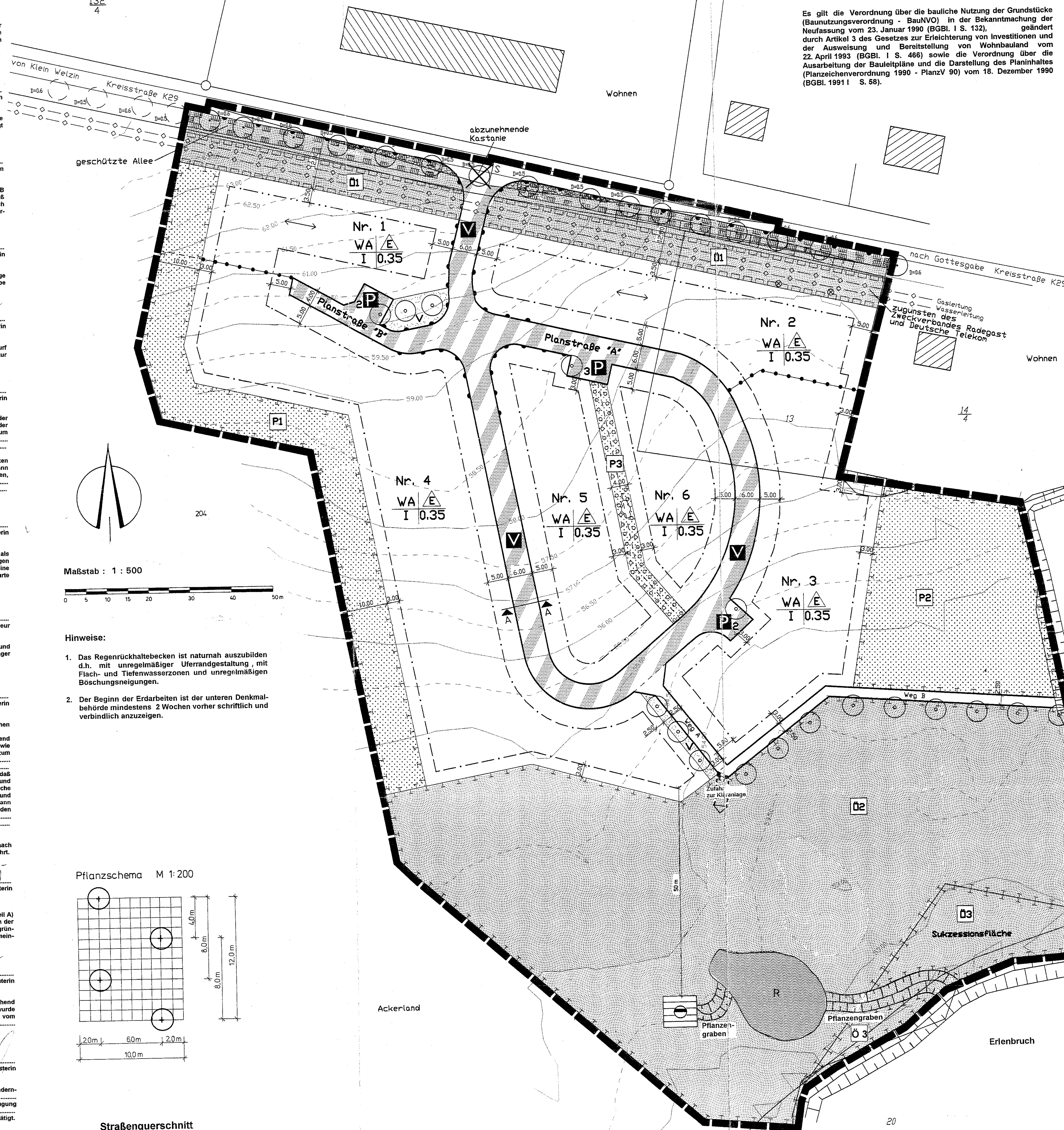


Lageplan M 1:500

Gemarkung: Gottesgabe
Flur: 1
Flurstücke: 204, 13
Angefertigt aufgrund amtlicher Unterlagen und eigener örtlicher Arbeiten.
Dipl. Ing. Dieter Apolony
Schloßstraße 17
19215 Godebusch
Telefon 0 38 86/ 71 28 94
Telefax 0 38 86/ 71 28 95
Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
Godebusch, den 08.02.1996

TEIL A - PLANZEICHNUNG

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58).

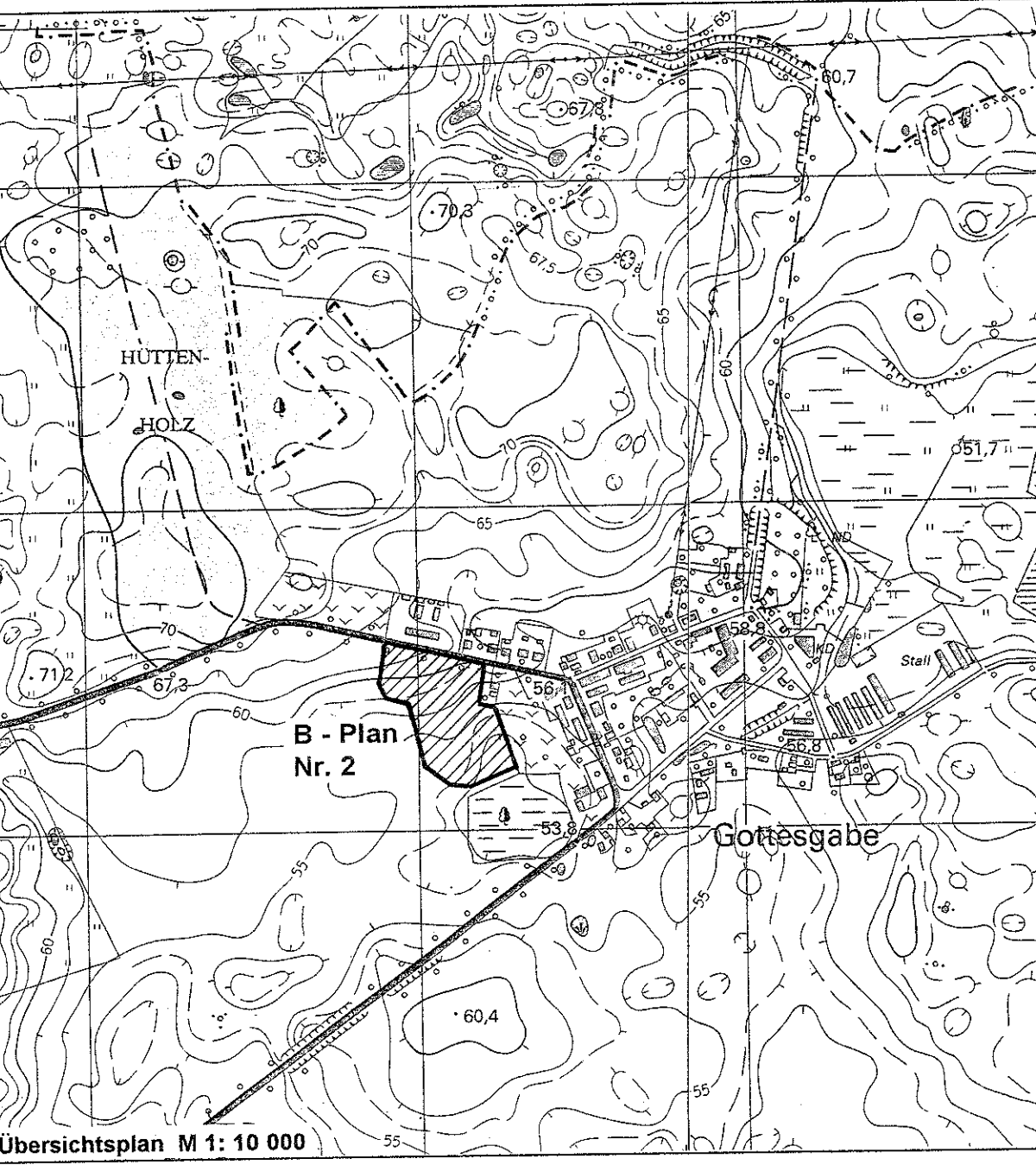


PLANZEICHNERKLÄRUNG

- FESTSETZUNGEN**
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO § 11 BauNVO
WA Allgemeines Wohngebiet § 9 BauNVO
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO § 16 BauNVO
0,35 Grundflächenzahl
I Zahl der Vollgeschosse
- BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN**
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauNVO, § 25 und 27 BauNVO
- ▲ nur Einzelhäuser zulässig
 - Baulinie
 - Baugrenze
 - Festschichtung
- VERKEHRSLÄCHEN**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO
- Straßenverkehrsflächen
 - Straßenbegrenzungslinie
 - Verkehrsgrün
 - Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - Öffentliche Parkfläche
 - Verkehrsberuhigter Bereich
 - Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauNVO
 - Einfahtbereich
 - Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
- FLÄCHEN FÜR VERSORGSANLAGEN, FÜR DIE ABFALLENTSORGUNG UND ABWASSERBESEITIGUNG SOWIE FÜR ABLAGERUNGEN**
§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauNVO
- Flächen für Versorgungsanlagen
 - Abwasser
- GRÜNFLÄCHEN**
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauNVO
- öffentliche Grünfläche
 - private Grünfläche
- WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES**
§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauNVO
- Regenrückhaltebecken
- PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT**
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauNVO
- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauNVO
 - Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bänken für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauNVO
 - Anpflanzungen
 - Bäume
 - Bäume
 - Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauNVO
 - Anpflanzungen
 - Sträucher
 - Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts § 9 Abs. 1 Nr. 26 BauNVO
 - Geschützter Landschaftsbestandteil
- SONSTIGE PLANZEICHEN**
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauNVO
 - Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauNVO
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes § 9 Abs. 1 BauNVO
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z. B. von Baugruben, oder Abgrenzung des Males der Nutzung innerhalb eines Baugebietes § 9 Abs. 4 § 16 Abs. 5 BauNVO
- NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND KENNZEICHNUNGEN**
§ 9 Abs. 1 BauNVO
- Sichtdreieck
 - Versorgungsleitung unterirdisch
- DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER**
- Nr. 1 Baublocknummer
 - Grünflächenbezeichnung
 - Straßenbezeichnung
 - vorhandene Flurstücksgrenze
 - Flurstücksnummer
 - geplante Grundstücksgrenze
 - Höhenpunkt
 - Höhenlinie
 - vorhandene Wohngebäude
 - Beseitigung
 - Böschung
 - Graben
 - Schacht
 - Straßenquerschnitt A - A
- Artenliste:**
- Aufsatzsorten:** Boskoop, rot, Golputzmähne, Grauensteiner, Zucclamaglos Renette
- Baumensorten:** Alexander Lucas, Gollert's Butterbirne, Gollert von Paris, Gula Luise, Köstliche von Charnou, Koriferenzbirne
- Pflaumensorten:** Anria Spät, Hanszweitsche
- Kirschsorten:** Teichners Schwarze Knorpel, Kaisers Kirsche, Werdersche Braune

TEIL B - TEXT

- Baurechtliche Festsetzungen
 - Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden alle nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Betriebe und Einrichtungen ausgeschlossen.
 - Entsprechend § 9 Abs. 2 BauNVO werden für die Teilgebiete Nr. 1 und Nr. 5 die Oberkanten der Erdgeschosßböden mit höchstens 0,80 m über der mittleren Höhe der jeweils zugehörigen örtlichen Verkehrsfläche festgesetzt.
 - Gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sind Nebenanlagen auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig.
 - Gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauNVO ist für jedes Grundstück eine Zufahrt in einer Breite von max. 3,00 m zulässig.
 - Gemäß § 9 (1) Nr. 10 BauNVO ist innerhalb der als von der Bebauung freizuhaltenen Flächen einschließlich der Sichtflächen die Errichtung baulicher Anlagen jeglicher Art (auch Voranlagen) sowie Bepflanzung und Einfriedungen mit einer Höhe von mehr als 0,70 m über der Fahrbahn des zugehörigen Straßenabschnittes unzulässig. Ausgenommen hiervon sind freistehende Einzelbäume.
- Gestalterische Festsetzungen gemäß § 9 (4) BauNVO i.V.m. § 86 BauO
 - Fassaden
In den Baublocken Nr. 1 und Nr. 2 sind die Fassaden in Ziegel- oder farbigen pastellfarbenen Putzflächen auszuführen. Teilflächen (Giebelbereiche) sind in Holz zulässig.
 - Dächer
Dächer sind als symmetrische Satteldächer oder Krüppelwäldächer als Hartdächer mit einer Neigung von 35 - 49 Grad auszuführen. Der Dachüberstand darf an der Traufseite 60 cm und an den Giebelseiten 30 cm nicht überschreiten. Für Carports sind Flachdächer zulässig.
 - Stellplätze
Stellplätze, Wege, Zufahrten und Hofflächen sind in durchlässigem Material, wie breittufiges Pflaster, Rasengittersteine oder Schotterrasen herzustellen.
 - Einfriedungen
Im Straßenbereich sind Hecken und Holzläuze bis zu einer Höhe von max. 1,00 m über der jeweils zugehörigen Straßenebene zulässig. Metallläuze und Mauern sind auszuschließen.
 - Mülltonnen
In Vorgärten dürfen Mülltonnen nur vorübergehend untergebracht werden, andernfalls ist Sichtschutz durch Hecken oder Holzblenden zu schaffen.
- Anpflanz- und Erhaltungsgebote/Landschaftspflege gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 und Nr. 25 und b BauNVO
 - Die öffentliche Grünfläche Ö 1 ist als kräuterreiche Blumenwiese (Ansaat 300 g/100 m² - Sorten nach Löff) auszubilden - mit einmaliger Mahd - nicht vor dem 15. Juni.
 - Die öffentliche Grünfläche Ö 2 ist als Frischwiese (Ansaat 300 g/100 m² - Ansaat nach Forster) mit zweimaliger Mahd, nicht vor dem 1. Juli, auszubilden. Das Regenwasserrückhaltebecken ist in dieser Fläche naturnah auszubilden.
 - Die öffentliche Grünfläche Ö 3 ist als Sukzessionsfläche zu belassen. Auf der Fläche sind zusätzlich 3 x 3 Gruppen von Erlen (Schwarzerle) STU 14 - 16 cm zu pflanzen.
 - Auf der privaten Grünfläche P 1 ist eine Obstwiese mit einheimischen Obstgehölzen, Hochstamm STU 7 - 8 cm, entsprechend dem aufgesetzten Pflanzschema und gemäß Artenliste anzulegen. Die Wiese ist zweimal jährlich zu mähen, jedoch nicht vor Ende Juli.
 - Die private Grünfläche P 2 ist als Wiese mit einmaliger Mahd und Pflanzung von 10 Hochstammobstbäumen STU 7 - 8 cm gemäß Artenliste auszubilden.
 - Auf der privaten Grünfläche P 3 ist eine geschnittene Hecke anzulegen; Breite 2,0 m, Höhe mind. 1,20 m und max. 2,0 m; Art Carpinus betulus (Hainbuche).
 - Je Grundstück ist mindestens ein Obstbaum - Südkirsche gemäß Artenliste Hochstamm STU 7 - 8 cm zu pflanzen.
 - Die Maßnahmen (Pflanzungen und Ansaat) der Punkte 3.2. bis 3.5. sind spätestens 1 Jahr nach Realisierung der Baumaßnahmen durch den Erschließungsträger auszuführen.
 - Für die in der Planzeichnung festgesetzten Einzelbäume sind Kastanien (Aesculus hippocastanum) mit den Anforderungen: 3 x v, STU 18 - 20 cm zu pflanzen.



Bebauungsplan Nr. 2
Gemeinde Gottesgabe
Kreis Nordwestmecklenburg
Für das Gebiet "Im Wiesengrund"
M. 1 : 500 April 1996